

Freies Wort

SUHL / ZELLA-MEHLIS

70. Jahrgang / Nummer 10

Mittwoch, 13. Januar 2021

www.insuedthueringen.de / Preis 1,70 Euro

Kreuz & quer:

Im Januar täglich
2 x 500 Euro
gewinnen!

Mehr
Infos im
Innenteil!

Meininger Tageblatt
Südthüringer Zeitung
Freies Wort

Schnee sorgt für das übliche Chaos



Ein kräftiger Wintereinbruch hat am Dienstag in weiten Teilen der Region für die altbekannten Verkehrsprobleme gesorgt: Vor allem Lastwagen blieben an Steigungen hängen, der Winterdienst hatte Probleme durchzukommen, um die Straßen wieder frei zu räumen.

Hinzu kamen zahlreiche Unfälle wie dieser hier auf der A 73 zwischen Schleusingen und Eisfeld. Die Rettungssanitäter mussten sich hier um einen leicht verletzten Fahrer kümmern. In der Regel blieb es bei Blechschäden. Foto: Steffen Ittig Seiten 9 und 13

Genügend Platz auf den Loipen rund um Suhl

Suhl – Bis zu 43 Zentimeter Schnee im Thüringer Wald. Das lockt natürlich viele Wintersportfreunde ins Freie. So auch zu den Loipen der Stadt Suhl. Rund 200 Kilometer Strecke werden jeden Tag durch das Team des Sachgebiets Sport präpariert. Je nach Witterungsbedingungen sind die Mitarbeiter schon ab 5 Uhr morgens im Einsatz. Den starken Schneefällen, wie am gestrigen Dienstag, ist bei noch so viel Engagement jedoch kaum etwas entgegenzusetzen. Genaue Informationen zur ausgewählten Strecke und deren Zustand gibt es für Gäste über die Hotline des Schneetelefon (08 00) 7 23 64 88 oder auf der Internetseite des Regionalverbund Thüringer Wald unter www.thueringer-wald.com. Eines ist jedoch sicher: Das Loipennetz bietet genügend Möglichkeiten, direkten Begegnungen mit anderen Skifahrern aus dem Weg zu gehen. Eng werden kann es lediglich auf den Parkplätzen am Rennsteig. Seite 7

Corona-Diktatur ist Unwort des Jahres

Darmstadt – Erstmals sind bei dem Unwort des Jahres für 2020 gleich zwei Begriffe gekürt worden. Mit Corona-Diktatur und Rückführungs-patenschaften wählte die Jury der sprachkritischen Aktion in Darmstadt am Dienstag ein Unwörter-Paar aus zwei verschieden Themenbereichen. Das vergangene Jahr sei in bisher kaum gekannter Weise von der Pandemie geprägt worden. Doch auch bei anderen Bereichen gebe es inhumane und unangemessene Wörter. „Mit Rückführungs-patenschaften und Corona-Diktatur nehmen wir Rücksicht darauf, dass Corona das dominierende Thema ist, Sprachkritik aber auch in anderen Bereichen notwendig bleibt“, sagte die Sprecherin der Jury, Nina Janich. Der Begriff der Corona-Diktatur tauchte immer wieder bei Demonstrationen von Gegnern der Corona-Einschränkungen auf Plakaten auf. dpa Seite 6

Einzelhandel fordert schnelle Hilfen

Die Thüringer Händler schlagen Alarm. Bekommen sie nicht schnell Hilfen vom Staat, dann droht ein Sterben der Geschäfte in den Innenstädten, mahnt die IHK Südthüringen.

Von Jolf Schneider

Suhl/Ilmenau – Der Südthüringer Einzelhandel fordert angesichts der angeordneten Schließungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie schnelle Unterstützung vom Staat. Ansonsten gehe vielen Händlern in den kommenden Wochen die Puste aus, warnte Dietmar Kersten, Sprecher des Vereins Ilmenauer Kaufleute am Dienstag. Vor allem der Textilhandel leide darunter, dass er nach der Frühjahrskollektion des vergangenen Jahres nun auf der Winterkollektion sitzen müsse. „Den Händlern fehlt die Liquidität, um die nächste Kollektion einzukaufen. Viele Lieferanten bestehen inzwischen auf Vorkasse, weil wir für sie keine sicheren Kunden mehr sind“, so Kersten. Hier müsse der Staat dringend unterstützen.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen forderte, den Handel nach dem Vorbild der Gastronomie für die Schließung zu entschädigen. „Mit 75 Prozent des Umsatzes aus dem Vorjahr könnten viele Händler sicher leben“, sagte IHK-Hauptgeschäftsführer Ralf Pieterwas. Auch wenn der Januar einer der umsatzschwächsten Monate im Handel ist. Entscheidend sei, dass Händler nun schnell eine Perspektive bekämen, wie sie über die kommenden Monate kommen sollen.

Pieterwas forderte zudem, dass die Hilfszahlungen künftig nicht mehr vom Bund ausgezahlt werden. Die November- und Dezemberhilfen hätten gezeigt, dass der Bund zu lange brauche. Viele Unternehmen hätten bislang gerade einmal eine Abschlagszahlung für November erhalten. Stattdessen solle der Bund ein Budget für die Hilfszahlungen festlegen und die Auszahlungen den Ländern überlassen. Thüringen habe mit der Aufbaubank bei den Soforthilfen im vergangenen Frühjahr gezeigt, dass es zu einer schnellen Bearbeitung der Anträge in der Lage sei.

Einem vollständigen Lockdown der gesamten Wirtschaft, wie ihn Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ins Spiel



Warnt vor einem Sterben der Innenstädte: Dietmar Kersten.

Gespräch, um den Infektionsschutz in der Wirtschaft etwa durch mehr Corona-Tests in Unternehmen zu verstärken.

Unterdessen wächst der Frust in der Wirtschaft, weil der Bund nachträglich die Bedingungen für einige Hilfsprogramme in der Corona-Krise verändert hat. Manchen Unternehmen könnten nun sogar Rückzahlungen der erhaltenen Gelder drohen. Am Dienstag übten Wirtschaftsverbände massive Kritik an der schleppenden Umsetzung der Corona-Hilfen. Es gebe außerdem große Verunsicherung über die Bedingungen. Der Hauptgeschäftsführer des Bun-

desverbandes der Freien Berufe, Peter Klotzki, sagte, eine auf „ungedeckte Fixkosten“ beschränkende Regelung bei der Berechnung der Überbrückungshilfen sei erst nachträglich aufgenommen worden. „Das ist kein lapidarer Haken, der im Kleingedruckten gesetzt wurde. Damit rutschen sicherlich etliche Anträge mindestens in die Grauzone, Rückzahlungen stehen zu befürchten.“

Der Südthüringer FDP-Bundestagsabgeordnete Gerald Ullrich fragte, wer angesichts der vielen Fehlschläge bei den Wirtschaftshilfen die politische Verantwortung übernehme. „Als ob die Softwarepanne beim Bundeswirtschaftsministerium nicht reichen würde, jetzt hat die Bundesregierung heimlich nachträglich die Zugangsbedingungen für die Corona-Hilfen geändert. Da nun viele Anträge falsch sind, heißt das für viele Firmen, keine Gelder zu erhalten, Rückzahlungsverpflichtungen und auch noch Sitzbleiben auf bereits geleisteten Beratungskosten. Die Bundesregierung hat allen vom Lockdown betroffenen Selbstständigen und Unternehmen unbürokratische Hilfe versprochen. Dieses Versprechen hat die große Koalition gebrochen“, sagte Ullrich auf Nachfrage. Seite 3

Schnee behindert Biathleten

Oberhof – Nur eingeschränktes Training war am Dienstag beim Biathlon-Weltcup in Oberhof möglich. Wegen der starken Neuschneefälle in der Nacht und am Morgen konnte der berüchtigte Birxstiege im Training nicht gelaufen werden. Das hatten die Organisatoren nach einer Streckenbesichtigung entschieden. Die Gefahr von umstürzenden Bäumen sei groß, zudem sollte die rund 20 Zentimeter starke Neuschneedecke mit Bedacht abtransportiert werden, hieß es. Der Doppel-Weltcup in Oberhof wird am Mittwoch um 14.30 Uhr mit dem Sprint der Herren fortgesetzt. Am ersten Wettkampf-Wochenende waren die deutschen Biathleten in sechs Rennen ohne Podestplatz geblieben. ts Seite 19

Söder verlangt Impfpflicht

München/Berlin/Erfurt – Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat eine verpflichtende Corona-Impfung für bestimmte Berufsgruppen ins Gespräch gebracht und dafür auf breiter Front Kritik geerntet. In der „Süddeutschen Zeitung“ beklagte Söder, unter den Beschäftigten in Alten- und Pflegeheimen gebe es zu viele Impferweigerer. Gleichzeitig setzt Bayern auf eine verschärfte Maskenpflicht. Das Landeskabinett beschloss am Dienstag in München, dass in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr ab der kommenden Woche eine FFP2-Maske getragen werden muss. Auch dieser Regelung wollten sich andere Bundesländer zunächst nicht anschließen. Unterdessen lief am Dienstag die Vertei-

lung des Moderna-Impfstoffs an die Bundesländer an. Bis Ende des Quartals werden in Deutschland zwei Millionen Dosen des Produkts erwartet. Am Dienstag trafen auch in Thüringen die ersten Vorräte des Impfstoffs ein, wie Gesundheitsministerin Heike Werner (Linke) mitteilte. Geliefert wurden zunächst 1200 der insgesamt 26 400 vom Bundesgesundheitsministerium zugesagten Impfdosen. Die restlichen werden bis Ende Februar erwartet. Bereits seit Ende Dezember wird in Thüringen der Impfstoff des Mainzer Herstellers Biontech in Thüringer Pflegeheimen und Krankenhäusern verabreicht. Die ersten 14 von insgesamt 29 Zentren sollen in Thüringen am Mittwoch in Betrieb gehen. Dort können dann bis Freitag zunächst gut 3000 Men-

schen ihre Erstimpfung erhalten. Die restlichen folgen schrittweise ab 3. Februar.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) warnte derweil vor der in Großbritannien aufgetauchten veränderten Variante des Coronavirus. Sie könne in sehr kurzer Zeit „die Führerschaft gegenüber dem alten Virus“ übernehmen, dann wäre man wieder mitten im exponentiellen Wachstum der Infektionszahlen, sagte Merkel in der Unionsfraktionssitzung. „Deshalb ist also aller-, allerhöchste Vorsicht geboten.“

Erstmals wurde auch eine weitere Virusmutante aus Südafrika in Deutschland nachgewiesen. Betroffen sei eine Person aus dem Zollernalbkreis, teilte Baden-Württembergs Sozialminister mit. dpa Meinung/Seiten 2 und 5

Meinung

Prinzip Hoffnung

Zur möglichen Lockdown-Verlängerung

Von Bernhard Walker

Von 41 auf 942 in wenigen Wochen: Diesen drastischen Anstieg der Corona-Inzidenz hat Irland erlebt. Kein Wunder also, dass Kanzlerin Merkel besorgt auf die Virus-Mutationen schaut, die es übrigens nicht nur in Irland gibt. Und das heißt, dass der Lockdown womöglich über den 31. Januar hinaus anhält. Eine andere Wahl hat Berlin nicht, wenn Mutationen Deutschland erreichen – auch wenn leider niemand weiß, wo genau wie viele Infektionen auftreten und welche der vielen Lockdown-Einschränkungen die Zahl der Neuinfektionen effektiv senken. Dazu bräuhete es viele Studien, die die Regierung aber über Monate hinweg nicht auf den Weg gebracht hat. Somit bleibt nur die Hammermethode: Man greift zu immer strengeren Maßnahmen und hofft, dass sie irgendwann nützen. Nur eines steht fest: Die Lockdowns der vergangenen Monate schützen die besonders gefährdeten Menschen nicht. Von den knapp 40 700 Verstorbenen, die an Covid-19 litten, lebte etwa jeder vierte in einem Pflegeheim. Von diesem tragischen Mangel an Schutz und Vorsorge will Bayerns Ministerpräsident Söder ablenken. Sein Vorstoß für eine Impfpflicht für Pflegekräfte geht aber am zentralen Punkt vorbei: Pflegekräfte werden sich nicht durch Zwang, sondern nur mit guten Argumenten – und die gibt es – vom Impfen überzeugen lassen. redaktion@insuedthueringen.de



Service (Abo und Zustellung)
(036 81) 8 87 99 96
E-Mail: aboservice@freies-wort.de

Zentralredaktion (036 81) 85 12 00
Lokalredaktion (036 81) 85 13 90
Leser-/Ticketshop (036 81) 79 24 50



Zentralredaktion redaktion@freies-wort.de
Lokalredaktion lokal.suhl@freies-wort.de
Leserbriefe leserpost@freies-wort.de



Freies Wort
Schützenstraße 2
98527 Suhl



Wetter:
Seite 12